

LI-Paper Für einen liberalen Umweltschutz



FRED SMITH * • Juli 2019

Zusammenfassung

- Obwohl der Kollektivismus vielerorts einen privaten Umweltschutz verhinderte und Schäden an der Natur verursachte, werden bestehende Umweltprobleme nach wie vor fälschlicherweise privaten Institutionen angekreidet. Bis heute wird entgegen der Faktenlage von vielen angenommen, das Auftreten von Umweltverschmutzung sei auf marktwirtschaftliche «Fehler» wie etwa «Marktversagen» oder «Externalitäten» zurückzuführen und die einzige ökologische Lösung bestehe in einem Modell des auf staatlichem Zwang beruhenden Öko-Sozialismus.
- Das liberale Konzept des Privateigentums, das sich evolutionär entwickelt hat, ermöglicht es den Menschen erst, auf vernünftige und umweltschonende Weise mit den knappen Ressourcen unseres Planeten zu wirtschaften. Das Institut des Privateigentums förderte einen massiven Anstieg der Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten. Die daraus entstehenden zunehmend effizienteren Überlebensstrategien der Menschen erlaubten eine massive Verkleinerung des «ökologischen Fussabdrucks».
- Umweltverschmutzung tritt hauptsächlich dann auf, wenn jemand das Privateigentum eines anderen verletzt. Strebt der Staat folglich einen optimalen Schutz der Umwelt an, muss er sich auf den Schutz und die Durchsetzung von Eigentumsrechten fokussieren und darf diese nicht durch Zwangs- und Umverteilungsmassnahmen beeinträchtigen.
- Das Konzept der Klima-Panikmacher, das aus Energie-Rationierungen, Verboten und hemmenden Regulierungen besteht, behindert den Fortschritt und die Innovation. Auf diese Weise wird die Chance auf ein besseres Leben für viele Menschen auf der Welt zerstört. Dieser Ansatz ist unmoralisch und muss verhindert werden.

* Der Autor ist Gründer und ehemaliger Präsident des Competitive Enterprise Institute, Washington D.C.

In diesem Paper soll der Versuch unternommen werden, den Ansatz der liberalen Analyse auf Fragestellungen des Umweltschutzes anzuwenden. Es soll gezeigt werden, dass der Liberalismus dem Kollektivismus überlegen ist, wenn es darum geht, mit Umweltproblemen umzugehen. Ja mehr noch, in einer liberalen Welt würden ernsthafte Umweltprobleme seltener auftreten und könnten rascher und effizienter behoben werden, als in einem kollektivistischen System. Diese Behauptung verlangt zweifellos nach einer Erklärung, denn sie ist alles andere als intuitiv in einer Welt, in der Umweltanliegen oft Jahrzehnte brauchen, um gelöst zu werden.

Der politische Erfolg des Kollektivismus im 19. Jahrhundert ging einher mit dem Aufkommen ökologischer Anliegen. Während kollektivistische Ideen jedoch einen liberalen Politikansatz im Bereich der Wirtschaft nicht einfach überwerfen konnten, behinderten sie erheblich die Anwendung liberaler Ansätze in der ökologischen Sphäre. Der Kollektivismus kam also erfolgreich der Anwendung freiheitlicher Institutionen – Eigentumsrechte, Durchsetzung von Verträgen und Rechtsstaatlichkeit – in Bereichen der Umweltpolitik zuvor. Dadurch verschlimmerte sich während der Ära des wirtschaftlichen Wachstums im Westen (Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts) eine zunehmende Anzahl von Umweltproblemen – sie waren schlicht nicht vordringlich auf der politischen Agenda. Die Politik nimmt selten Rücksicht auf Bedürfnisse von Minderheiten und so kam es, dass der Umweltschutz so lange kein dringliches Anliegen war, bis westliche Länder spürbar wohlhabender wurden. Die meisten Menschen waren schlicht mehr mit dem Wirtschaftswachstum beschäftigt als mit ökologischen Werten. Ironischerweise wurden sogar Schornsteine als Zeichen des Fortschritts und nicht der Umweltverschmutzung gesehen. Mit zunehmendem Wohlstand änderte sich schliesslich auch die politische Situation.

Nachdem aber ökologische Werte von der privaten in die politische Sphäre übertragen worden waren, kamen viele zu der Überzeugung, dass Umweltprobleme ausschliesslich politisch gelöst werden könnten. Die bestehenden Umweltprobleme wurden privaten Institutionen zur Last gelegt, obwohl tatsächlich private Lösungen durch Kollektivisten verhindert worden waren. In dem Moment, in dem die Schuld dem privaten Sektor zugeschoben wurde, entstanden auch die bis heute dominierenden Erklärungsansätze für das Auftreten von Umweltverschmutzungen – so das Modell des Marktversagens und der «Externalitäten» sowie die Rechtstheorie der «Übertretung». Hieraus entwickelten sich die relevanten Umweltphilosophien – das Modell des Öko-Sozialismus, das behauptet, dass nur kollektive, auf Zwang beruhende Massnahmen ökologische Probleme lösen können, ebenso wie die öko-theologische Perspektive, gemäss welcher Umweltverschmutzung einer Art Erbsünde gleichkommt und die Menschheit ein Krebsgeschwür auf dem Planeten Erde darstellt.

Die massgeblichen liberalen Ansätze für die Lösung von Umweltproblemen wurden dagegen von zwei führenden Ökonomen entwickelt: Ludwig von Mises und Ronald Coase. Weil ihre Arbeiten sowohl von Umweltschützern wie auch von Verfechtern des freien Marktes oft übersehen werden, werde ich im Folgenden einen kurzen Überblick über ihre Ideen bieten. Anschliessend werde ich zeigen, wie der so beschriebene liberale Ansatz des Umweltschutzes am besten durchgesetzt werden

könnte. Dazu werde ich Beispiele aufführen, wie wir die Flora und Fauna unserer Welt besser schützen können.

Ein langer evolutionärer Prozess

Der Liberalismus kann als die politische Philosophie der Zivilisation betrachtet werden. Er umfasst die Evolution von Institutionen, die den wechselseitig vorteilhaften freiwilligen Austausch zwischen Individuen ermöglichen, lenken und erleichtern. Diese freiheitlichen Institutionen fördern einerseits die menschliche Freiheit, aber stellen andererseits auch die vernünftige Anwendung dieser Freiheit sicher. Dies ist eine komplexe und schwierige Herausforderung. Wir Menschen sind oftmals ungeduldig und eine hierarchische, zentralisierte «Lösung» kann daher häufig wünschenswerter erscheinen als der langsame, evolutionäre Pfad des Liberalismus.

Diese Ungeduld wird verstärkt durch die Tatsache, dass die Urgeschichte der Menschheit eine der Stammeszugehörigkeit ist. Wie Friedrich August von Hayek beobachtete, folgen unsere Instinkte manchmal kollektivistischen Ansätzen, weil Individuen einen Konsens suchen, der einem Gemeininteresse entspricht. Während dieser Entscheidungsprozess in kleinen, freiwillig gebildeten Gemeinschaften durchaus funktioniert, glauben die Menschen irrtümlicherweise, dass er auch als Regierungsform logisch und moralisch vertretbar sei. Staaten sind aber meist viel grösser als blosse Gemeinschaften, was ein Konsensmodell verunmöglicht. Darum muss auch eine demokratische Regierung auf Zwang zurückgreifen, anstatt sich auf irgendeine Form des freiwilligen Konsenses zu verlassen. Das ist der Grund, warum wir in unserer Gesellschaft so oft auf Zwangsstrukturen treffen – nicht selten mit einem utopischen Hintergrund.

Die Entwicklung weg von unseren Stammeswurzeln benötigte viel Zeit und zahlreiche Experimente in der wirtschaftlichen Sphäre. Das Institut des Privateigentums trat nicht vollständig ausgeformt aus dem Geiste Zeus' hervor, sondern war vielmehr das Resultat von Jahrhunderten voll mühsamer Experimente. Das heute bekannte Gebilde des Eigentumsrechts entwickelte sich also über eine Zeit hinweg, in der diese Rechte graduell vorangetrieben wurden. Diesem Prozess traten immer wieder auch Hindernisse entgegen, wie beispielsweise eine moralische Entrüstung, die das Privateigentum als ungerecht empfand. Die Entwicklung von durchsetzbaren Verträgen, einer Kultur des Vertrauens und der Fähigkeit, die wechselseitigen Vorteile des freien Austausches zu würdigen, waren bedeutende Schritte in unserer langsamen Bewegung hin zur Zivilisation.

Die Entstehung der Eigentumsrechte kann insbesondere dort ausgemacht werden, wo bestimmte Stämme zuließen, dass das spezialisierte Wissen, welches sich erfahrene Werkzeugmacher oder Jäger über Jahre angeeignet hatten, gezielt an deren Kinder weitergegeben wurde. Mit der Anerkennung, dass der Sohn des Werkzeugmachers am ehesten geeignet ist, die nötige Ausbildung zu erhalten, um das kostbare Fachwissen weiterzutragen, kam auch die Erkenntnis, dass die optimale

Nutzung der so übertragenen Fertigkeiten mit der legitimen Vererbung der zugehörigen Werkzeuge des Berufsstandes einhergehen sollte. Dieser primitive und beschränkte Begriff des Privateigentums, welcher vor allem durch kulturelle Regeln legitimiert und durchgesetzt wurde, entwickelte sich schrittweise weiter, bis hin zu jenen formalisierten Eigentumsrechten, wie wir sie heute kennen.

Die so entstandene liberale Institution des Privateigentums war von zentraler Bedeutung dafür, dass es den Menschen ermöglicht wurde, auf vernünftige Weise über die wirtschaftliche Nutzung unseres Planeten zu verfügen. Denn wenn nun ein Privateigentümer einen Fehler in der Nutzung seines Eigentums begeht, so leidet er selbst stärker unter dessen nachteiligen Konsequenzen, als etwa sein Nachbar. Das Privateigentum führt also zu einer Dezentralisierung, welche ein beschleunigtes, vielfältiges Experimentieren erlaubt – und damit eine zügigere soziale Evolution.

Eigentumsrechte haben sich vor allem deshalb etabliert, weil sie über die Zeit hinweg zu einem überlegenen Abgleich von individuellen Nutzen und Tugenden führten. Die liberale Institution des Eigentums wurde dabei um zahlreiche unterstützende kulturelle Aspekte angereichert, wie beispielsweise Ehrlichkeit, gegenseitigen Respekt und Toleranz. Eigentumsrechte vergrößerten stetig die Reichweite wohlstandsgenerierender Tauschordnungen, sie führten zu einer immer ausgefeilteren Spezialisierung und Arbeitsteilung (begonnen etwa bei der Jagd und Landwirtschaft). Hier sei auch angemerkt, dass die zunehmend effizienteren Überlebensstrategien des Menschen auch dessen «ökologischen Fussabdruck» reduzierten: Die Kultur des Privateigentums verlangt, dass Menschen zunehmend auch die Anliegen anderer berücksichtigen – wechselseitige Verpflichtungen und Beschränkungen auf Basis der Eigentumsrechte stärken nun mal diese notwendige Sensibilität («Ich darf die Kuh meines Nachbarn nicht stehlen!»). Arbeitsteilung und freier Handel haben neben den ökonomischen insbesondere auch die ökologischen Anliegen gefördert, indem menschliche Aktivitäten auf jene Teile des Planeten verlagert wurden, die produktiver und effizienter und damit in ökologischer Hinsicht weniger brisant waren. Nicht zuletzt ermöglichten erst durchsetzbare Verträge und ähnliche freiheitsfördernde Einrichtungen, dass wir auch über solche (schützenswerte) Ressourcen verhandeln können, die jenseits unseres unmittelbaren Einflussbereichs liegen.

Freiheitliche Institutionen unterliegen einem ständigen Wandel – sie passen sich immer wieder an, wenn sich Kundenwünsche ändern, wenn Technologien verbessert werden, wenn neue Ressourcen oder Werte in das System des freiwilligen Austauschs eingebracht werden. Die Zivilisation ist ein langsamer, evolutionärer Prozess, der immer wieder auch von Rückschlägen heimgesucht wird. Er ist zugleich aber der beste – ja sogar der einzige – Weg des Menschen in Richtung Fortschritt. Die Aufgabe des Liberalismus besteht darin, jene Hindernisse zu überwinden, die diesen Prozess behindern, seien es kulturelle oder politische. Unser visionäres Ziel ist die Entstehung von Institutionen, die den Menschen dieser Erde ermöglichen, ihre Energie und ihren Intellekt einzusetzen, um sich selbst und anderen zu helfen.

In der Vergangenheit wurden massgebliche Schritte unternommen, um dieses Ziel in der wirtschaftlichen Sphäre zu verwirklichen; unsere Aufgabe ist es nun, es auch auf die noch komplexere ökologische Sphäre auszuweiten. Dies bedingt, dass wir auf unsere Freunde in der ökologischen Bewegung zugehen, um ihnen die Eigenschaften und den Wert des liberalen Ordnungsrahmens nahezubringen. Wir Liberale haben viel Arbeit vor uns, denn liberale Ansätze sind heute im Bereich des Umweltschutzes beinahe nicht existent. Ich werde versuchen zu erklären, warum sich dies so verhält.

Der Aufstieg und Niedergang liberaler Ansätze

Warum haben liberale Ideen die Umweltpolitik nicht zu beeinflussen vermocht? Warum haben die Ideen des freien Marktes aus der wirtschaftlichen Sphäre nicht auch die Umweltpolitik durchdrungen und beeinflusst? Das erstaunliche ist: Es gab eine Zeit, als sie dies taten.

In westlichen Ländern wurden bis in das späte 19. Jahrhundert hinein neue Werte oder Ressourcen, sobald sie entstanden, zügig aus dem kollektiven in den privaten Besitz überführt. Man ging davon aus, dass Ressourcen in der privaten Sphäre schlicht besser geschützt und bewirtschaftet würden.

Ein interessantes Beispiel dafür stellen die Rechte auf Bodenschätze dar: Zu früheren Zeiten, als die Menschen bereits einen grossen Teil der Landoberfläche in Privatbesitz hielten, unterstanden die Ressourcen unter diesem Land als Eigentum der Regierung (oft der Krone) der politischen Kontrolle. Unter der Erde gab es also zahlreiche wertvolle Ressourcen, wie Blei, Zinn und andere Mineralien – die kreativ-destruktiven Kräfte des Marktes konnten aber kaum von ihnen profitieren. Amerika und einige andere Staaten entschlossen sich daher, auch diese Ressourcen der privaten Domäne zu überlassen. Grundeigentümern wurden die Besitzrechte für die Bereiche unter ihrem Boden überlassen. Ihnen wurde dabei auch freigestellt, diese unterirdischen Rechte von ihren überirdischen zu trennen und getrennt zu verwerten. Ein Eigentümer, der kein Interesse daran hatte, Bergbau zu betreiben (oder keine Expertise dafür besass), konnte also die unterirdischen Rechte an seinem Grundeigentum einer Bergbaufirma oder einem anderen Individuum verkaufen.

Sobald Besitzrechte einmal bestehen, erhalten die Eigentümer einen Anreiz herauszufinden, was sie denn eigentlich genau besitzen. Ist dieses Eigentum wertvoll? Welche Mineralien kommen also zum Beispiel vor, und in welchen Mengen? Man denke hier nur an das Erdöl: Dieses stellte für die Grundeigentümer ursprünglich vor allem ein Ärgernis dar. Als aber höhere Energiepreise und technologische Innovationen Erdöl plötzlich zu einer wertvollen Ressource machten, begannen Menschen sofort, unterirdische Rechte zu handeln. Förderunternehmen taten sich mit Grundeigentümern zusammen, um über die Rechte zur Exploration des Untergrunds zu verhandeln. Der Anreiz, den Wert des eigenen Eigentums zu kennen, kann als Kern der heu-

tigen seismologischen Wissenschaft betrachtet werden. Heute ist es möglich, unterirdische Erdölvorkommen mit äusserst komplexen computergestützten Verfahren dreidimensional abzubilden.

Dies ist eine der unterschätzten Eigenschaften des Liberalismus: Wenn eine Ressource in ein System des freiwilligen Tauschs eingebracht wird, wollen die Eigentümer automatisch mehr über sie wissen, insbesondere auch wie man sie schützt. Man denke nur an jene Tier- und Pflanzenarten, die kommerzialisiert (z.B. Vieh, Hühner, Rosen) oder domestiziert wurden (z.B. Hunde, Katzen, Vögel, Kakteen). Unsere Kenntnis dieser Ressourcen ist enorm – wir kennen heute die Krankheiten, die diese Spezies betreffen (siehe die Veterinärmedizin), wir kennen die Umweltbedingungen, unter denen sie gedeihen (z.B. die Raffinesse von Salzwasseraquarien), wir kennen die Nahrungsmittel, die ihnen am besten bekommen (bis hin zu Gourmetlinien bei Tierfutter). In wohlhabenden Ländern gibt es sogar Pflegedienste, Hotels und Schönheitssalons für Haustiere. Der springende Punkt dabei ist: Das liberale System der Eigentumsrechte verbindet Mensch und Natur auf eine kreative und konstruktive Weise.

Im Westen dominierte dieser liberale Ansatz bis ins späte 19. Jahrhundert. Neu entdeckte Ressourcen oder bekannte Ressourcen, die plötzlich (aufgrund von Geschmacksänderungen oder technologischen oder institutionellen Innovationen) wertvoll wurden, wurden zügig privatisiert. Ab den 1890ern aber wurde auch Amerika von jenem kollektivistischen Virus angesteckt, der schon ein paar Generationen zuvor über Europa hinweggefegt war. Auch Amerika wurde Opfer der «verhängnisvollen Anmassung», wie sie Hayek treffend nannte. Der amerikanische Kollektivismus bezeichnete sich als «Progressivismus». Die Progressiven glaubten, dass es der Menschheit viel besser ergehen würde, wenn private Freiheiten unterdrückt würden, wenn Eigentumsrechte geschwächt würden und wenn stattdessen den Gescheitesten die Macht gegeben würde, die Welt zum Vorteil aller zu lenken. Alles Wertvolle und Lohnenswerte sollte der Politik überlassen werden. Privateigentum hingegen sei Diebstahl, die Tragödien der Allmende würden von Kollektiven besser gehandhabt als von Individuen.

Mit diesem Programm waren die Progressiven unglaublich erfolgreich, ihre Ansichten wurden Schritt für Schritt zur politischen Realität. Nichts, was um 1890 in Amerika noch nicht in privaten Händen war, wurde anschliessend mehr in Privatbesitz überführt. Land, wild lebende Tiere, Grundwasser, Fischereizonen, das elektromagnetische Spektrum – all diese zunehmend wertvollen Ressourcen waren damals noch in einem langsamen Prozess der Privatisierung begriffen. Diese evolutionäre Entwicklung endete abrupt, und das Experimentieren und der evolutionäre Prozess, die vielleicht eine Vielzahl wertvoller und nützlicher Institutionen hervorgebracht hätten, um die heutigen Umwelthanliegen anzugehen, erhielten nie die Möglichkeit, sich zu entwickeln. Ernüchtert muss festgestellt werden, dass wir es während fast eines ganzen Jahrhunderts verpassten, eine breite Palette liberaler Alternativen im Umgang mit wertvollen Ressourcen zu entdecken und erkunden. Heute lässt sich daher nur recht abstrakt erforschen, welche Ansätze hier hätten möglich sein können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Erfolg der kollektivistischen Ideen das liberale Experiment enorm behinderte. Liberale verstehen, dass Fortschritt evolutionär vonstatten geht, und dass unsere Zivilisation jene langsame Entwicklung der Institutionen ist, die den Menschen erlauben, freiwillig zusammenzuarbeiten und ihre jeweiligen Werte zu fördern. In dieser freiheitlichen Welt können schon wenige um die Umwelt besorgte Individuen effektive Massnahmen zu ihrem Schutz ergreifen. Im Gegensatz dazu werden Massnahmen im politischen Prozess nur dann angegangen, wenn eine entscheidende Mehrheit diese einfordert. Und weil Ende des 19. Jahrhunderts nur wenige Menschen ökologische Interessen vertraten, wurden zentrale Umweltanliegen während fast eines ganzen Jahrhunderts schändlich vernachlässigt. Erst als die Gesellschaft dann wohlhabender wurde und die Menschen zunehmend von Umweltproblemen bedrängt wurden, erhielten ökologische Anliegen eine Stimme. Zu diesem Zeitpunkt wurde jedoch längst – gemäss dem progressiven Paradigma – die wirtschaftliche Entwicklung als eine Kraft betrachtet, die ökologischen Anliegen entgegen steht. Hinzu kam, dass nur wenige private Institutionen zur Förderung ökologischer Werte existierten – schliesslich war deren evolutionäre Entwicklung durch die Unterbindung privater Eigentumsrechte an natürlichen Ressourcen massiv behindert worden. Die aufkommende Umweltbewegung aber war ungeduldig. Da sie keine privaten Institutionen eines effektiven Umweltschutzes vorfand, ist es nicht überraschend, dass sie zu der Überzeugung gelangte, der Markt habe versagt und nur der Staat könne ihren Anliegen dienen. Man glaubte, dass politische Behörden – und insbesondere zentralistische Behörden – unseren Planeten am besten schützen könnten.

Ökologische Paradigmen

Die Ausweitung der politischen Kontrolle über die Umwelt wurde unterfüttert von verschiedenen ökonomischen und philosophischen Paradigmen bezüglich der Natur jener Risiken, die unseren Planeten bedrohten. In diesem Abschnitt sollen sowohl zwei ökonomische Theorien der Umweltzerstörung dargelegt werden, als auch zwei philosophische Ansätze.

Das erste hier betrachtete ökonomische Paradigma ist das Effizienzmodell, welches Umweltanliegen als Beispiele von «Externalitäten» beschreibt. Der ökonomische Tausch zwischen zwei Individuen kann demnach auch andere, unbeteiligte Menschen betreffen. Weil diese Effekte jedoch nicht Gegenstand der direkten Transaktion sind, werden sie von den am Tausch beteiligten Parteien nicht berücksichtigt. Wenn solche externen Effekte negativ sind, leiden andere Menschen unter «Umweltverschmutzung»; wenn der Effekt positiv ist, können sie dagegen von einem öffentlichen Gut profitieren. Da aber weder die externen Kosten noch der externe Nutzen im Tausch berücksichtigt werden, spricht man von einem «Marktversagen».

Der Markt versagt also, indem eine Markttransaktion nicht in der Lage ist, den gesamten Wert eines Tauschs zu erfassen («Externalität»). Umweltschützer behaupten nun, dass ein solches Marktversagen mittels staatlicher Intervention zu korrigieren

sei. Sie ignorieren dabei jedoch, dass die öffentliche Hand dem groben Instrument des Marktes nur ein defektes entgegen zu halten hat. Die Fähigkeit des Staates, Externalitäten zu beheben, wird also masslos überschätzt.

Ein weiteres aktuelles Umweltparadigma, welches besser mit dem Liberalismus in Übereinstimmung zu bringen ist, betrachtet Umweltverschmutzung als eine Art «Übertretung». Diese Ansicht wurde auch durch den grossen liberalen Denker Murray Rothbard verfochten. Rothbard orientierte sich dabei an individuellen «Rechten», statt an blosser «Effizienz». Er behauptete, dass Umweltverschmutzung dann auftritt, wenn jemand die Rechte eines anderen verletzt, indem er das Eigentum dieser anderen Partei ohne deren Einverständnis beeinträchtigt (beispielsweise durch eine Verschmutzung). Eigentumsrechte gilt es jedoch in jedem Fall zu respektieren – der Staat hat legitime Rechte zu schützen.

Rothbard und sein Konzept der Übertretung berücksichtigen aber nicht, dass in vielen Umweltgebieten noch keine Eigentumsrechte etabliert werden konnten. Ein Beispiel: Angenommen, ein Haus verfügt über eine wunderschöne Aussicht, die sein Besitzer über Jahre hinweg genossen hat. Eines Tages entscheidet sich ein Nachbar zum Bau eines Gebildes, das diese Aussicht versperrt. Der Hausbesitzer ist nun zweifellos in einer schlechteren Lage als zuvor, aber wurden tatsächlich auch seine Rechte verletzt? In Japan werden übrigens Eigentumsrechte an einem Ausblick tatsächlich anerkannt. In den meisten anderen Ländern hingegen sind «Aussichtsrechte» nicht Teil des Eigentumsrechts und daher auch nicht gegen Beeinträchtigungen zu schützen.

Parallel zu den genannten zwei ökonomischen Paradigmen sind zwei Philosophien entstanden, die einem Grossteil der Verwirrungen der heutigen Umweltpolitik zu Grunde liegen. Eine davon ist die öko-sozialistische Vorstellung, dass der Staat dort erfolgreich sein wird, wo die Märkte versagen. Die modernen Grünen unterscheiden sich dabei durchaus von den alten Roten, denn die früheren Kollektivisten forderten noch optimistisch: «Gebt uns eure Freiheit und wir werden den Himmel auf Erden schaffen.» Nach den bekannten kollektivistischen Misserfolgen des vergangenen Jahrhunderts behaupten hingegen die heutigen Grünen nur noch: «Gebt uns eure Freiheiten und wir werden die Hölle auf Erden verhindern.» Diese Vision ist spürbar pessimistischer und zeigt zweifellos einen Rückzug der Kollektivisten an. Weder die alte noch die neue Vision haben aber jemals funktioniert oder werden je funktionieren. Überall um uns herum sehen wir heute die Resultate des Misserfolgs, der Markt für Umweltziele wird heute politisch genauso fehlgesteuert, wie einst jener für Wirtschaftsziele.

Ein noch gravierender Irrweg der Umweltbewegung ist daneben die Philosophie der Öko-Theologie. Zahlreiche Umweltschützer scheinen heute der Auffassung zu sein, dass der Mensch in einem ökologischen Sinne «perfektiert» werden könne. Sie streben eine Welt an, in der die Menschheit keinen Fussabdruck auf unserem zerbrechlichen Planeten hinterlässt. Schliesslich, so scheint ihr Argument zu lauten, hat die Verbreitung individueller Freiheiten während der vergangenen 200 Jahre eine

Welt geschaffen, die erheblich freier, erheblich wohlhabender, erheblich egalitärer und erheblich weniger verschmutzt ist. Man stelle sich nur vor, wie viel besser es uns gehen könnte, wenn wir nun noch ein ökologisches Bewusstsein erzwingen könnten!

Wie viele andere Kollektivistinnen tendieren auch manche Umweltschützer zu utopischen Idealen und scheinen gewillt, Zwang anzuwenden, um ihre Ziele zu erreichen. Liberale sind sich dagegen der Gefahren einer solchen perfektionistischen Denkweise bewusst, sie erkennen, dass die Lebensqualität durch die Unterdrückung von Freiheiten nie verbessert werden kann.

An dieser Stelle scheint ein kurzer Kommentar notwendig zu der schier unermesslichen Menge, ja der Unerfüllbarkeit jener Aufgaben, die moderne Umweltschützer dem Staat übertragen. Unter dem Sammelbegriff der «Umwelt» entwickelt sich tatsächlich eine Art staatliche Allzuständigkeit – vom Schutz des Wassers, der Luft, des Landes, der wild lebenden Tiere über ganze Ökosysteme und die Weltmeere bis hin zu unserer Atmosphäre. In der Abwesenheit effektiver Eigentumsrechte gibt es dabei keine Möglichkeit, sinnvolle Prioritäten zu setzen (gelegentlicher Lippenbekenntnisse zu «Marktmechanismen» zum Trotz). Wenn die Gesellschaft also beispielsweise eine weitere Million Dollar für den Schutz der «Umwelt» ausgeben wollte, wie sollten wir entscheiden, welches der unzähligen Ziele der zahllosen Umweltgruppen zuerst angegangen werden sollte?

Ein Blick auf die Biodiversität lässt die Komplexität der staatlichen Umweltschutzaufgabe sichtbar werden. Es gibt schätzungsweise etwa 10 Millionen schützenswerte Tier- und Pflanzenarten. Keine kleine Aufgabe, schließlich gibt es weltweit nur etwa 200 Regierungen – die meisten davon schaffen es kaum, ihre menschliche Bevölkerung zu schützen. Wie sollten diese beschränkten staatlichen Institutionen die Komplexität ganzer Ökosysteme überwachen können, wenn sie nicht einmal in der Lage sind, ihre vergleichsweise einfachen politischen Aufgaben zu erfüllen? Umgekehrt lässt sich feststellen: Es gibt fast sieben Milliarden Menschen auf diesem Planeten, von denen sich viele sehr um ihre Umwelt sorgen. Wenn sich nur eine kleine Auswahl dieser Menschen um spezifische Spezies kümmern würden, wäre diese gewaltige Aufgabe sehr viel einfacher zu lösen. Dies würde jedoch eine Ausweitung eines Systems der Eigentumsrechte und privaten Verantwortung erfordern (ökologische Privatisierung).

Ich werde nun kurz darlegen, wie ein liberaler Ansatz des Umweltschutzes aussieht.

Mises und Coase über Umweltprobleme

Zwei berühmte liberale Ökonomen haben sich dem Problem des Umweltschutzes angenommen – Ludwig von Mises und Ronald Coase. Mises kritisierte vor allem das Verständnis des Problems als eines der «Externalitäten». Dabei stimmte er durchaus zu, dass es bei freiwilligen Transaktionen zweier Parteien Raum für Verbesserungen gäbe, wenn relevante Faktoren in der Kalkulation vernachlässigt würden. Mises betrachtete dies jedoch nicht als Marktversagen, oder ein Versagen freiwilliger

Übereinkommen. Vielmehr handelte es sich – wie bereits beschrieben – um ein Versagen in der Entwicklung eines ausreichend ausgefeilten Systems der Eigentumsrechte.

Ronald Coases Argument lautet ähnlich, ist aber genauer durchdacht. Coase realisierte, dass zu jedem beliebigen Zeitpunkt eine grosse Anzahl an «Win-win»-Transaktionen vorstellbar sind. Tatsächlich ist es die Aufgabe des Unternehmers, sich eine solche Situation vorzustellen und dann die notwendigen institutionellen, technologischen und konzeptuellen Anpassungen für ihre Realisierung anzugehen. Coase wies aber auch darauf hin, dass die denkbaren Gewinne nicht realisiert werden können, bis die notwendigen Anpassungen ausprobiert und umgesetzt wurden. Die tatsächliche und die denkbare Situation werden also getrennt durch das, was Coase «Transaktionskosten» nannte (die Kosten, die für das Zusammenbringen von Menschen aufgewendet müssen, um eine Win-win-Situation zu erreichen).

Insbesondere Eigentumsrechte und durchsetzbare Verträge gehören zu jenen evolutionären Institutionen, die eine solche Veränderung möglich machen würden. Ein Unternehmer könnte also beispielsweise ein DNA-Ortungsgerät erfinden, welches Fischproduzenten das Auffüllen ihrer Fischereien ermöglichen würde, oder auch eine kreative Zauntechnologie, die es Wölfen ermöglichen würde, in der Nähe von Viehzüchtern zu überleben (die «unsichtbaren Zäune», mit denen Hunde am Betreten des Nachbargrundstücks gehindert werden, könnten vielleicht einst diese Rolle übernehmen). Coase sah also das Potential für wertschaffende Arrangements, die solche unternehmerischen Innovationen anregen würden. Bis zu einer Realisierung solcher Pläne sah er hingegen kein Argument für staatliche Interventionen.

Die Schlussfolgerung aus all dem lautet, dass Umwelthanliegen nicht als ein Konflikt von Sündern und Heiligen gesehen werden müssen, ja sollten. Sie sind vielmehr das unvermeidliche Ergebnis einer sich ständig entwickelnden Welt – und der damit verbundenen Frustrationen. Wie das Beispiel der Versperrung der Aussicht durch einen Nachbarn verdeutlicht, ist die grosse Herausforderung des Umweltschutzes, solche Veränderungen nicht zu behindern, die Transaktionskosten senken und wechselseitig vorteilhafte Resultate hervorbringen können. Der eine Nachbar könnte also beispielsweise Kompensationszahlungen an den anderen tätigen – entweder um die Expansion des einen zu verlagern, oder um den Verlust der Aussicht des anderen zu entschädigen. In einer Welt freiwilliger Transaktionen geht es vor allem um die Entwicklung solcher institutioneller Arrangements, die den einzelnen die Werte der jeweils anderen berücksichtigen lassen. In einer solchen Welt gibt es für Umweltprobleme immer eine geeignete Lösung.

Für einen marktwirtschaftlichen Umweltschutz

Die liberale Herausforderung besteht daher darin, den Motor der Zivilisation wieder in Fahrt zu bringen. Wie aber kann man jene Institutionen, die unser Wirtschaftsleben so stark verbessert haben, auf die ökologische Sphäre ausweiten? Was

können wir tun, um Individuen eine aktive Rolle bei der Verbesserung unseres Planeten zu ermöglichen – nicht durch Lobbyismus für weniger Freiheiten, sondern indem wir ökologische Werte, die uns wichtig sind, direkt beschützen?

Ich möchte versuchen, diese Fragen mit Hilfe einiger Beispiele zu beantworten. Ich erwähnte bereits die Geschichte der privaten Erdölgewinnung mittels privater Eigentumsrechte. Colonel Drakes erste Erdölquelle von 1868 war nur etwa 18 Meter tief, sie konnte beinahe mit menschlicher Kraft gebohrt werden. Die Erdölgewinnung aus dieser Quelle kostete aber dennoch nicht mehr, als heute die Gewinnung von Erdöl aus einer Tiefe von etwa sechs tausend Metern kostet. Warum? Weil die Menschen unterdessen ausgeklügelte Technologien zur Erdölförderung entwickelt haben. Tatsächlich sind die Kosten pro Fass Erdöl während des letzten Jahrhunderts erstaunlich konstant geblieben.¹ Der menschliche Einfallsreichtum hat kreative Wege gefunden, um die natürliche Erschöpfung dieser Ressource mit den Früchten seines Geistes zu ersetzen.

Urheber dieser Idee war Julian Simon – ein Held vieler Liberaler. Simon glaubte, dass die Menschheit in der Lage ist, jedes Problem zu lösen. Er behauptete: Je tiefer wir bohren müssen, um immer knapper werdende Ressourcen zu finden, desto mehr ersetzen wir sie letztlich mit der einen ultimativen Ressource: der menschlichen kreativen Brillanz. Es sind die von Liberalen verfochtenen Institutionen – Privateigentum, durchsetzbare Verträge und Rechtsstaatlichkeit – die diese Brillanz nutzbar machen.

Ich sagte einst: «Julian, du bist viel zu optimistisch. Betrachte einmal die Geschichte – immer und immer wieder wandte die Menschheit dem Fortschritt den Rücken zu. Für lange Zeit haben wir uns ins Mittelalter zurückgezogen. England war einst die führende Industrienation, vergab aber diesen Vorsprung. Auch China lag einst im sechzehnten Jahrhundert weit vor dem Rest der Welt, sowohl technologisch wie auch ökonomisch. In China gab es Schiffe, die grösser waren als die grössten Erdöltanker, es gab Erdölquellen, Dampfkraft und Sprengstoff. Dann übernahmen die Intellektuellen, die Konfuzianer die Kontrolle. Die neue Führung betrachtete die kreative Destruktion des unternehmerischen Wandels mit Schrecken. Sie versuchte daher, diese zu behindern. Sie verbrannten die Schiffe, sie exekutierten oder verhafteten die Technologen. In der Folge stagnierte China während der nächsten 500 Jahre. Oder man bedenke Ägypten, mit tausenden von Jahren ohne ökonomisches Wachstum nach seinen beeindruckenden frühen Glanzzeiten.»

Julian antwortete: «Ja sicher Fred, wenn du natürlich nur eine solch kurze Zeitspanne betrachtest...» Julian glaubte – und ich hoffe –, dass die Menschheit sich

¹ Wie unten beschrieben wird, zeigt die Erfahrung, dass eine Vielzahl von Produkten dieselbe Entwicklung aufweist. Märkte treiben die kreativen unternehmerischen Talente der Menschheit an, um sicherzustellen, dass neue Quellen entdeckt werden, wenn leicht verfügbare Ressourcen erschöpft werden, dass existierende Ressourcen effizienter benutzt werden, und dass alternative Strategien zur Stillung solcher Bedürfnisse entwickelt werden, die von sich erschöpfenden Ressourcen erfüllt werden. Die berühmte Wette von Julian Simon zeigt die Essenz dieser Tatsache auf. Simon ging gegen Paul Ehrlich und einige andere die Wette ein, dass sich die beschriebene Funktion der Märkte auf den Preis zahlreicher Ressourcen auswirken würde. Ehrlich wählte fünf Metalle aus – Kupfer, Zinn, Chrom, Wolfram und Nickel – und wettete 1'000 US-Dollar, dass der Preis dieser Metalle steigen würde. Simon wettete dagegen und gewann. Erstaunlicherweise sank der Preis aller fünf Metalle!

letztendlich sogar von den ungeheuerlichsten Irrtümern des Kollektivismus erholen wird. Das (zwar noch nicht abschliessende) Beispiel China verdeutlicht, dass er damit richtig gelegen haben könnte.

Julian Simon war sich bewusst: auch wenn jene Institutionen, die den Menschen und die Natur integrieren und die die Menschheit dazu ermuntern, Umweltprobleme direkt zu lösen, noch nicht existieren mögen, können und werden sie sich dennoch entwickeln. Wir wollen nun kurz skizzieren, wie diese Entwicklung ablaufen wird. Zuerst betrachten wir dabei eine Ressource, die, obwohl sie im Überfluss vorhanden ist, zunehmend knapp wird – das Wasser.

Wie Erdöl ist auch Wasser eine flüssige unterirdische Ressource. Die Verfügbarkeit (Qualität und Erreichbarkeit) dieser Ressource ist ein bedeutendes Anliegen von Umweltschützern geworden. (Dabei sei erwähnt, dass ein Grossteil des trinkbaren Wassers nicht in Seen oder Flüssen zu finden ist, sondern in unterirdischen Grundwasserschichten.) Die Menschheit hat aber inzwischen einige Erfahrung mit der Förderung einer anderen unterirdischen Flüssigkeit gewonnen: dem Erdöl. Warum haben wir bis heute nicht diese Erfahrung angewandt, um auch Wasser zu gewinnen? Das nötige Wissen für die Findung und Einteilung von Grundwasserspeichern könnte leicht übertragen werden. Die rechtlichen, ökonomischen und institutionellen Vereinbarungen, die sich im Bereich des Erdöls als so produktiv erwiesen haben, könnten nachgebildet werden, um auch diese bedeutende Ressource besser zu handhaben.

In der Tat scheint sich das Wasser für den Versuch einer Einbringung in die bewährten liberalen Institutionen besonders gut zu eignen. Weltweit existieren zahlreiche Grundwasserspeicher – es besteht also kein Grund, sofort eine universelle Privatisierung anzustreben. Vielmehr könnten Experimente gezielt in jenen Gebieten durchgeführt werden, in denen sich Behörden offen für neue Ideen zeigen. Zwar findet die Idee der ökologischen Privatisierung heute erst wenig Unterstützung in der Umweltbewegung, aber viele Umweltschützer sind dringend auf der Suche nach neuen, wirksamen Lösungen. Wenn die Zeit gekommen ist, werden sich die «wahren» Umweltschützer auch für jene unkonventionellen Ideen öffnen, die ihre Wirkmächtigkeit in anderen Bereichen immer wieder bewiesen haben.

Dafür gilt es aber auch endlich zu verstehen: Liberale sind nicht gegen Umweltschutzziele. Wir schätzen die menschliche Freiheit und darum auch diejenigen Anliegen, denen die Menschen einen hohen Stellenwert beimessen. Wir sind davon überzeugt, dass die Menschen besser in der Lage sein werden, ihre Werte auf verantwortungsvolle Weise zu bewahren, wenn ihnen die dafür notwendigen Instrumente an die Hand gegeben werden. Schon die hohe Popularität des Umweltschutzes beweist, dass Menschen nicht dazu neigen, respektlos mit ihren natürlichen Ressourcen umzugehen. Die Menschheit wird aber eine noch viel effektivere Rolle in diesem Bereich spielen, wenn sie erst einmal die Möglichkeit hat, das traditionelle System der Eigentumsrechte auf kreative Weise auf die ökologische Sphäre auszuweiten. Die Verbindung von Mensch und Natur kann dadurch nur stärker werden.

Wir hatten erwähnt, dass die Menschheit über umfassende Erfahrungen mit der Domestizierung von Pflanzen und Tieren verfügt, sowohl zu kommerziellen als auch zu privaten Zwecken.² Der private Schutz von wild lebenden Tieren ist daneben ein weiteres Beispiel dafür, wie der Liberalismus zu Rate gezogen werden könnte, um ökologische Probleme zu lösen. Die «ökologische Adoption» kann, ähnlich wie die ökologische Privatisierung, mithilfe einer Analogie verstanden werden – in diesem Falle in Anlehnung an die Adoption von Menschen. Eine Adoption von Menschen erfolgt immer dann, wenn ein Kind keinen Vormund oder Beschützer mehr hat und zum Waisen wird. Zuerst wird das Kind dann meist zum Schutzbefohlenen des Staats, der Bürokratie. Doch nur wenige Menschen halten dies für eine ideale Lösung. Darum finden wir Wege, um fürsorglichen Individuen zu ermöglichen, eine verantwortungsvolle Rolle zu übernehmen, indem sie das Kind adoptieren.

Genau genommen wird das Kind mit der Adoption «privatisiert», denn es wird von der Verantwortung des Staates in jene einer privaten Familie überführt. Die Adoption ist sicher nicht perfekt, aber sie ist um vieles besser, als den Schutz der Kinder nur den Bürokraten zu überlassen. Würden nun derartige Mechanismen auch für den Schutz bedrohter Tiere oder Pflanzen ermöglicht, so könnten zahlreiche Menschen eine kreative, persönliche und verantwortungsvolle Rolle im Schutz der Umwelt übernehmen.

Vor kurzem habe ich hierfür ein treffliches Beispiel entdeckt. Ein Freund von mir sammelt mit Begeisterung Wolfsmilch, eine kaktusartige Pflanze. Er hat einen wunderbaren Wolfsmilchgarten mit vielen seltenen Arten. Er erzählte mir von einer seltenen australischen Pinienart, die in ihrem heimischen Gebiet gefährdet sei. Es bestand die Befürchtung, dass diese Pinienart aussterben könnte. Die australische Regierung verteilte daraufhin in Zusammenarbeit mit Pflanzenschutzgruppen ein paar hundert Jungpflanzen an Sammler und Gärten auf der ganzen Welt. Ziel war es, weltweit diese Bäume aufzuziehen, damit immer irgendwo florierende Exemplare existieren können, unabhängig davon, was mit der Pinie vor Ort in Australien geschah. Könnten wir nicht mehr Pflanzen und Tieren eine solche Chance bieten?

Weltweit sind viele Tierarten in ihren heimischen Gebieten vom Aussterben bedroht – wie beispielsweise die Gorillas in Uganda. Doch in Texas gibt es umgekehrt unzählige exotische Tierarten, denen es als Emigranten viel besser geht als in ihren ursprünglichen Lebensräumen. Warum haben wir uns die Kraft dieser Ideen noch nicht auf kreativere Art und Weise zunutze gemacht?

² Tatsächlich sind diese zwei Kategorien stärker miteinander verbunden, als viele möglicherweise realisieren. Hunde wurden einst aus kommerziellen Gründen gebraucht. Als diese Funktionen aber schliesslich durch Alternativen ausgefüllt wurden, trennte sich die Menschheit nicht dieser Tierart, sondern schätze sie weiter als Gefährten, als Haustiere. Sogar kommerzielle Pflanzenarten, die durch kommerziell brauchbarere Arten ersetzt wurden, sind selten verschwunden; vielmehr überlebten sie als «geerbte Arten», die von Hobbygärtnern gezüchtet werden. Und in einer merkwürdigen Umkehrung der Geschichte setzen einige Restaurants diese Arten heute sogar auf ihre Speisekarten und machen sie damit wieder zu kommerziellen Gütern!

Der Klimawandel als neue Herausforderung

Natürlich gibt es auch Umweltprobleme, bei denen Lösungen mittels Eigentumsrechte nicht so offensichtlich erreichbar sind. Besonders deutlich ist dies im Falle der Sorgen um einen Klimawandel. Wie würden also Liberale mit den Herausforderungen des Klimawandels umgehen?

Zunächst muss dazu bemerkt werden, dass diese Frage inzwischen oftmals eher einen theologischen denn einen wissenschaftlichen Charakter angenommen hat. Wie oben beschrieben, baut ein Teil der Umweltbewegung auf einer Art Kreationismus auf. Derartige Öko-Theologen glauben, dass die Menschheit dereinst tugendhaft war, mit dem Aufkommen der Zivilisation und vor allem der Industrie jedoch eine Hölle auf Erden geschaffen wurde. Der Klimawandel wird in dieser Perspektive zu einer passenden apokalyptischen Bestrafung. Wenn wir nicht Busse tun – wenn wir nicht auf den Gebrauch von fossilen Energieträgern als einer Grundlage unserer Zivilisation verzichten – wird unser Planet unvermeidlich zerstört werden.

Diese klimapolitische Panikmache ist Teil einer malthusischen Weltsicht, nach der die Menschheit ausser Kontrolle geraten ist, und ihre ökonomischen und technologischen Errungenschaften nicht aufrecht zu erhalten seien. Der Pfarrer Thomas Malthus glaubte, dass es zu viele Menschen auf unserem Planeten gebe, und wir bald wieder in einen Zustand der blossen Subsistenzwirtschaft zurückfallen würden. Er behauptete, dass unsere Anforderungen an den Planeten durch das menschliche Bevölkerungswachstum getrieben würden, und dass dieses Wachstum exponentiell verlief. Er glaubte weiter, dass unsere Fähigkeit, die Nachfrage der Weltbevölkerung zu befriedigen, von der Fähigkeit abhinge, immer mehr Land zu bewirtschaften und die landwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen. Dieser Trend sei aber linear. Die unausweichliche Schlussfolgerung aus diesen Annahmen war ein wahrlich düsteres Bild für die Zukunft der Menschheit.

Moderne Umweltschützer haben diese Kritik zu einer Formel erweitert: $E=BWT$. Die Einwirkung («E») des Menschen auf den Planeten ist danach das Ergebnis der Bevölkerungszahl («B»), des Wohlstands («W») und der Technologie («T»). Die Schlussfolgerung aus dieser Formel ist ebenso abschreckend wie nahe liegend: Es gibt schlicht zu viele Menschen, die zu viel konsumieren und sich zu sehr auf die Technologie verlassen (die sie obendrein noch zu wenig verstehen). Die vorgeschlagenen «Lösungen» dieser Umweltschützer tendieren daher dazu, die Bevölkerung, den Konsum und die Technologie zu kontrollieren. Schnell schlägt ein solcher Ansatz in eine Politik des Todes, der Armut und der Ignoranz um. Sollte das wirklich ein Modell für unsere Zukunft sein? Ich glaube nicht.

Erinnern wir uns an die Argumente von Ronald Coase. Coase stellte fest, dass wir – solange wir noch keine praktikable Lösung für ein Problem gefunden haben – staatliche Interventionen nicht automatisch für eine angemessene Alternative halten sollten. Wir müssen heute jedoch nüchtern feststellen: Jene Institutionen, die notwen-

dig wären, um komplexe globale Umweltprobleme wie beispielsweise den Klimawandel zu lösen (also um etwa eine nachhaltige Reduktion des weltweiten Energieverbrauchs herbeizuführen), existieren heute noch nicht und werden auch in naher Zukunft nicht existieren. Gewisse Risiken bleiben damit unvermeidbar. Ein Coase'scher Ansatz würde aber darüber hinaus der Frage nachgehen, welche Schritte angesichts der heute existierenden Institutionen unternommen werden könnten, um diese Risiken abzumildern.

Eine zentrale Rolle wird hier vermutlich die Globalisierung spielen, und die durch sie beförderten ökonomischen und technologischen Fortschritte. Stürme stellen schliesslich bereits heute ernsthafte Risiken in verschiedenen Teilen der Welt dar. Aber die Folgen solcher (natürlicher oder anthropogener) Desaster unterscheiden sich stark, je nach dem Wohlstand der betroffenen Nationen. Stürme, die auf die Vereinigten Staaten treffen, sind nicht weniger gravierend als jene, die auf Bangladesch treffen. Aber die Amerikaner sind mobil genug, um der Gefahr auszuweichen, ihren Reichtum vorübergehend zu verlagern. In den USA existieren auch Mechanismen wie beispielsweise Versicherungen, um von Unwettern verursachte Schäden wieder zu beheben. Die Herstellung von Widerstandskraft ist damit eine durchaus praktikable und belastbare, bis heute aber weitgehend vernachlässigte Anpassungsstrategie.

Scheint es nicht auch ungerecht, den relativ Armen der Gegenwart gewaltige Summen abzuverlangen, um eine mögliche Beeinträchtigung der relativ reichen Generationen der Zukunft, beispielsweise in einem Jahrhundert, entgegenzutreten? Hier zeigt sich der Fatalismus des malthusischen Ansatzes, denn die Menschheit ist eben nicht nur ein riesiger «Magen» – sie verfügt auch über unzählige aktive und kreative Hände und Gehirne. Auf der Grundlage liberaler Institutionen können wir schon heute viel unternehmen, um die Risiken eines möglichen Klimawandels zu reduzieren. Freie Menschen sind Teil dieser Lösung, sie sind nicht Teil des Problems.

Betrachten wir noch einmal die Elemente der Gleichung $E=BWT$. Die negative Gewichtung des Wohlstandes («W») muss hier als ausgesprochen fragwürdig bezeichnet werden. Das Beispiel der Stürme in den USA und Bangladesch zeigt die komplexe Rolle des Wohlstandes im Umgang mit Umweltproblemen. Natürlich steht es jedem frei, ein Leben in Askese zu verbringen. Es ist jedoch nicht akzeptabel, wenn nun reiche Eliten eine Politik erzwingen, die den Armen der Welt einen Zugang zum Wohlstand verbaut, ja sie an einen indigenen Lebenswandel in Armut fesselt.

Gleiches gilt für das «T» der Gleichung, die Technologie. Statt technologische Innovationen zu bremsen, wie das viele Umweltaktivisten immer wieder fordern, sollten wir die Technologie als den einzigen wirksamen Ansatz einer «nachhaltigen Entwicklung» betrachten. Nichts, was wir derzeit tun, nichts, was je eine Zivilisation getan hat, ist «nachhaltig» in dem Sinne, dass es für immer praktikabel ist. Die Zivilisation muss immer dynamisch sein und sich verändern und anpassen. Liberale erkennen darum, dass die durch ökonomische Freiheit ermöglichte kreative Zerstörung der einzige Weg der Menschheit zu echter Nachhaltigkeit ist. Nur sie erlaubt einen ständigen Fortschritt, die laufende Meisterung immer neuer Herausforderungen. Nichts sonst kann dies ermöglichen.

Zum Abschluss: Der Irrweg der Energierationierung

Gegenwärtig wird der Umweltschutz durch illiberale Ideen dominiert – sowohl in Europa wie auch in den Vereinigten Staaten. Die hierarchischen, zentralistischen Modelle der Umweltpolitik werden kaum hinterfragt. Natürlich bleiben falsche Ideen nicht ohne Konsequenzen. Eine davon ist der zunehmende Pessimismus der Intellektuellen. Eine andere ist die zunehmende Bedrohung der Freiheit durch eine Vielzahl utopischer Umweltgesetze.

Die grösste dieser Gefahren ist wohl der Versuch, einer von Energie abhängigen Welt Energierationierungen aufzuzwingen. Wir sollten darum besorgt sein, dass die meisten Umweltschützer heute nur einen Weg sehen, um unseren Planeten zu schützen: staatliche Interventionen. Aber wir sollten auch realisieren, dass sich viele dieser so genannten Umweltschützer weniger um den Planeten kümmern, als um Geld und Macht. Genau wie eine frühere Generation der Zwangsutopisten die Ökonomie als Vorwand verwendete, um ihre Macht zu erhalten, verwenden sie heute den Umweltschutz. Egal wie überzeugend sie erscheinen, sie liegen falsch.

Darum müssen Liberale den Versuchen von Umweltaktivisten entgegenzutreten, eine globale Energierationierung durchzusetzen. Dieser Weg ist das Gegenteil einer Lösung der anstehenden Herausforderungen. Dennoch haben zahlreiche Nationen, einschliesslich in Europa und in der Schweiz mit ihrer planwirtschaftlichen «Energiestrategie», ihn beschritten. Das stellt eine ernstzunehmende Herausforderung dar. In einem nächsten Schritt bemüht man sich nun, ausgerechnet den Entwicklungsländern auch eine solche Rationierungspolitik aufzuzwingen.

Die Rationalität scheint in der politischen Diskussion des Klimawandels zunehmend zu schwinden. Es scheint als erkennen viele, dass die eingegangenen Verpflichtungen nicht weise sind, doch man fürchtet sich davor, sie zu hinterfragen. Man fühlt sich ein wenig an das Gestrüpp aus internationalen Verpflichtungen erinnert, dass einst in Europa für Sicherheit und Frieden sorgen sollte. Das war kurz vor dem Ersten Weltkrieg. Der britische Aussenminister Edward Gray sagte damals: «Die Lichter gehen aus in Europa, und ich habe meine Zweifel, ob wir sie zu Lebzeiten wieder werden erleuchten sehen.»

Nun, wenn die von Panikmachern vorangetriebene irrationale Klimapolitik Realität wird, wenn tatsächlich Energierationierungen durchgesetzt werden, welche Fortschritt und Innovation behindern, dann werden die Lichter nicht nur in Europa ausgehen. Und wir werden vielen Menschen auf der Welt ihre Chance auf ein besseres Leben zerstören. Dieser Ansatz ist falsch, er ist unmoralisch und sollte aufgehoben werden. Dies ist eine liberale Mission, die uns alle motivieren sollte.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Eine frühere Version dieses Beitrags erschien im Buch «Natürliche Verbündete: Marktwirtschaft und Umweltschutz» (Edition Liberales Institut).

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2019, Liberales Institut.